

Resolution Nr. 11 des dbv,
angenommen von der
Mitgliederversammlung des dbv
am 08.05.1994 in Meißen:

**" Me i s s e n e r E r k l ä r u n g
für eine Fortsetzung - statt einer Zurücknahme - der friedensethischen Ansätze im
konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der
Evangelischen Kirche in Deutschland"**

Im Blick auf die Einsichten und Selbstverpflichtungen in den konziliaren Dokumenten der Evang. Kirche in Deutschland schließen wir uns der "Siegener Erklärung" von 3. Juni 1993 (veröffentlicht in: epd-Dokumentation Nr. 33/93, Seite 30 ff.; siehe Anlage) an, die sich gegen kirchenamtliche Tendenzen wendet, bisherige Beschlüsse im konziliaren Prozeß teilweise als angebliche "Irrtümer" zu "korrigieren", das heißt, ihre Geltung aufzuheben. Wir erklären dazu:

I.

Der Weg zur friedensethischen Gemeinsamkeit der Kirchen in den neuen und alten Bundesländern ist nicht mehr gangbar, wenn die Äußerung des neuen Beauftragten der EKB bei der Bundesregierung Hartmut Löwe seitens des Rats der EKB unwidersprochen bleibt, die neue politische Lage erfordere eine "Korrektur offensichtlicher Irrtümer", womit unter anderem die grundsätzliche "Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln" gemeint ist (geschehen in der Evang. Sozialakademie Friedewald/Westerwald, Kai 1993).

Wenn in dieser Hinsicht die EKB in ihren "Orientierungspunkten für Friedensethik und Friedenspolitik" (EKD-Texte 48, vom 6.1.1994) hinter die in den letzten Jahren erreichten friedensethischen Grundpositionen zurückgeht, dann wird dadurch auch die ökumenische Gemeinschaft, die in den Beschlüssen von Basel und Seoul verankert ist, in Frage gestellt. Es widerspricht dem Anspruch, auf dem gemeinsamen ökumenischen Weg friedensethische Orientierungspunkte anzubieten, wenn im genannten Text die endlich erreichte "vorrangige Option für Gewaltfreiheit" de facto außer Kraft gesetzt wird, denn beim Stichwort militärisches Eingreifen als "ultima ratio" hebt deren in sich widersprüchliche Begründung den Vorrang der "gewaltfreien Option" auf. Der Ernst der Suche nach möglichen gewaltfreien Konfliktlösungen wird unglaublich, wenn erklärt wird: "In der Formulierung ‚ultima ratio‘ steht ‚ultima“ im übrigen nicht zeitlich für ein zuletzt eingesetztes, sondern im Rahmen nüchterner friedenspolitischer Abwägung qualitativ für ein nach dem Haß der ausgeübten Gewalt 'äußerstes' Mittel.“ (Orientierungspunkte, EKD-Texte 48, Seite 18)

II.

Die verbreitete, nachträglich die beispiellose Hochrüstung legitimierende politische Parole, die atomare Abschreckung habe den Frieden zwischen Ost und West erhalten, ist unzutreffend, Sie kann von den Kirchen nicht übernommen werden.

Die Voraussetzung zur Beendigung des atomaren Wettrüstens war der Abbau des gegenseitigen Feindbilds durch die bewußtseinsverändernde Friedensarbeit der Kirchen in Ost und West und der Friedensbewegung insgesamt. Michail Gorbatschow hatte den Mut, aus der Erkenntnis "Entweder überleben wir gemeinsam, oder wir gehen gemeinsam unter" die politischen Konsequenzen zu ziehen.

Zurückblickend bleibt festzuhalten: Auch wenn unter den politischen Bedingungen der DDR die eindeutige Distanzierung von staatlich betriebener Überrüstung für die Kirche näherlag, hat der gefährliche Rüstungswettkampf nicht nur die Volkswirtschaften des damaligen Ostblocks katastrophal belastet, sondern auch außerordentlich unheilvolle Spuren in der damaligen BRD hinterlassen. Dies erweist sich z.B. in der fehlgelenkten Industrieplanung in Richtung auf die Produktion kostspieliger Waffensysteme, statt auf die Bewältigung ökologischer und ökonomischer Herausforderungen - auch in unserem Verhältnis zu den sogenannten Entwicklungsländern, Je länger jetzt die Rüstungskonversion hinausgeschoben wird, desto schwieriger sind Arbeitsplätze zu retten.

III.

Friedensethische Orientierung wird unseriös, wenn die Kirchen und ihre Gremien die bereits geschaffenen Fakten neuer Bundeswehrkonzepte und Rüstungsvorhaben (z.B. des politischen Versuchs der Durchsetzung des völlig nutzlosen und überbewerteten "Jäger 2000") und ihre Auswirkungen verdrängen, anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Auch von den Militärpfarrern ist zu fordern, daß sie die damit verbundenen ethischen Fragen aufgreifen und dabei auf Widersprüche solcher Entwicklungen zu den ethischen Positionen ihrer Kirchen hinweisen.

IV.

Die Vergeblichkeit aller Friedensbemühungen ist vorprogrammiert, wenn die Kirchen trotz ihrer Einsicht in die verhängnisvollen Folgen von Waffenproduktion und Waffenexport (z.B. im ehemaligen Jugoslawien) deren jetziges Ausmaß weiterhin hinnehmen. Die Kirchen müssen statt dessen mit allem Nachdruck an der gesellschaftlichen Achtung des Waffenhandels arbeiten.

Meissen, am 8. Mai 1994

Anhang:

„Siegener Erklärung“ vom 3. Juni 1993

Verteiler:

- Beauftragter der EKD bei der Bundesregierung Hartmut Löwe

- Rat der EKD
Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt
Blumenstraße 1
76133 Karlsruhe

- Kammer für öffentliche Verantwortung
Trutz Rendtorff, München (Vorsitzender)
Martin Kramer, Magdeburg (stellvertretender Vorsitzender)
Hermann Barth, Hannover (Geschäftsführer)

- Unterzeichner der „Siegener Erklärung“

- Alle Militärfarrer und Soldatenseelsorger

- Presseverteiler des dbv

44 Kritiker der Äusserungen Prälat Lowes:

Die „Siegener Erklärung“

Veröffentlicht von Prof. Ingo Baldermann, Siegen, 3. Juni 1993

In Übereinstimmung mit vielen Versuchen, das Ende der Ost-West-Spannung und die deutsche Einigung als einen Triumph der Stärke darzustellen, hat nun auch der Beauftragte der EKD bei der Bundesregierung, Prälat Hartmut Löwe, zu einer "Korrektur offensichtlicher Irrtümer" in der kirchlichen Friedensarbeit aufgefordert. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, daß die Geschichte dieser Jahre von den Regierungsparteien grundsätzlich in Zusammenhängen dargestellt wird, die der Selbstrechtfertigung ihrer eigenen politischen Entscheidungen dienen. Wenn aber der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirchen bei der Bundesregierung mit dazu beiträgt, daß dabei die friedenspolitischen Äußerungen der Evangelischen Kirchen insbesondere in der ehemaligen DDR auf die Seite der Irrtümer verwiesen werden, die durch den Gang der Geschichte widerlegt seien, ist dies ein Skandal, dem wir öffentlich widersprechen müssen.

1. Wer so mit der Geschichte umgeht, leistet der Verdrängung Vorschub. Die Politik der Stärke hat schon immer an die Bereitschaft zur Verdrängung appelliert. Verdrängt wurde, daß die verheerenden Folgen zweier Weltkriege, zu denen die Ost-West-Spaltung gehörte, Folgen einer Politik der Stärke waren. Verdrängt wurden die Gefahren der nuklearen Auseinandersetzung, die ja nicht nur eingebildet, sondern beklemmend nahegerückt waren, und verdrängt wurden die in dieser Kalkulation selbstverständlich eingeschlossenen Opfer. Verdrängt werden soll jetzt aber auch, daß der Abbau der gefährlich überreizten Ost-West-Spannung nicht ohne die Entspannungspolitik, nicht ohne die Friedensarbeit der Kirchen in Ost und West und auch nicht ohne die bewußtseinsverändernde Arbeit der Friedensbewegung zu denken gewesen wäre. Verdrängt werden soll die in langen Auseinandersetzungen gewonnene und erhärtete Einsicht, daß der Umgang mit Waffen, die im Falle ihres Einsatzes das Ende allen Lebens auf der Erde herbeiführen würden, zumindest aber den Lebensraum kommender Generationen in einer unvorstellbaren Weise einengen, für den christlichen Glauben außerhalb des ethisch Verantwortbaren liegt. Verdrängt wird schließlich die Einsicht, daß die Anhäufung immer neuer Waffen weder die Sicherheit erhöhte noch half, Konflikte zu lösen, daß aber die in der Hochrüstung verschwendeten Ressourcen der internationalen Gerechtigkeit bitter fehlen.

2. Ein solcher Umgang mit der Geschichte verletzt aber auch in einer unerhörten Weise die geschwisterliche Verbundenheit. Die in der Friedensfrage unter weit härteren Bedingungen formulierten, deshalb auch profilierten Äußerungen der ostdeutschen Kirchen, insbesondere die "Absage an Geist, Logik und Praxis der atomaren Abschreckung", gehören nicht auf den Müllhaufen geschichtlicher Irrtümer. In einer Kirche, die sich als "Lerngemeinschaft" begreift, kann es nicht gestattet sein, theologisch unbequeme Lernimpulse politisch als angebliche Irrtümer zu disqualifizieren. In den Fragen des Konziliaren Prozesses haben die Kirchen und Gemeinden der DDR durch die Intensität und Breite ihrer Arbeit einen solchen Vorsprung vor den westdeutschen Kirchen, daß jedenfalls in diesen Fragen ein Nachholbedarf des Lernens eindeutig auf der westlichen- Seite zu erkennen ist.

3. Ein solcher Umgang mit der Geschichte ist nicht zuletzt leichtfertig. Die Verdrängung der gefährlichen Risiken überläßt dem Wiederholungszwang das Feld. Wer so mit der jüngsten deutschen Geschichte und der damit unlösbar verbundenen Friedensarbeit umgeht, verhält sich wie jener Autofahrer, der nach einem gewagten, gerade noch geglückten Überholmanöver mit gesteigertem Tempo und Selbstvertrauen noch riskanter weiterfährt.

Wir fordern den Rat der EKD, aber auch die gesamte kirchliche Öffentlichkeit auf, dafür Sorge zu tragen, daß nicht teuer erkaufte Einsichten und ein in harten Auseinandersetzungen errungener Konsens der Christen aus Gründen politischer Opportunität preisgegeben werden. Nicht nur die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch differenzierende Erinnerungen an die jüngste deutsche Geschichte sind von der Geschichtsvergessenheit bedroht. Und nach wie vor sind das Friedensgutachten und die kritische Kontrolle von Waffenproduktion und -export dringende, doch unerledigte Aufgaben. Es wird gerade in den auf uns zukommenden politischen Entscheidungen dringend erforderlich sein, daß sich Christen und Kirchen mit ihren kritischen Stimmen nachdrücklich genug zu Wort melden. Wir wünschen uns, daß das Amt des Beauftragten der EKD bei der Bundesregierung durch die Aufgabe der Vermittlung dieser kritischen Stimmen und nicht durch die Konformität mit der Politik der Bundesregierung geprägt wird.

Unterschriften zur Stellungnahme gegen die Äußerungen von Prälat Hartmut Löwe zur Friedensarbeit der Kirchen

Prof. Dr. Rainer Albertz,
Hilchenbach
Ulrike Aufderheide, Bad
Godesberg
Prof. Dr. Ingo Baldermann, Siegen
P. Uli Bandt, Bobbin
Prof. Dr. Ulrich Becker, Hannover
Prof. Dr. Eberhard Bethge DD,
Wachtberg-Villiprott
Prof. Dr. Peter Biehl, Dransfeld
Kons.R. i.R. Wilhelm Bischof,
Magdeburg
P. Volkmar Deile, Köln
Pastor Hartmut Dietrich, Rostock
P. Prof. Dr. Paulus Engelhardt OP,
Bottrop
Almuth Falcke, Erfurt
Propst Dr. Heino Falcke, Erfurt
P. Ulrich Finckh, Bremen
Pastorin Beatrix Forck,
Rheinsberg
Bischof i.R. Dr. Gottfried Forck,
Rheinsberg
Elisabeth Gädeke, Bad Godesberg
Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein,
Frankfurt

PD Dr. Christof Hardmeier, Bethel
Prof. Dr. Gisela Kittel, Naumburg
Bischof i.R. Dr. Werner Krusche, Magdeburg
Dieter Lattmann, München
Christine Lehmann, Hannover
Margot Lützow, Bonn
P.Dr. Fred Mahlburg, Rostock
Helga Nicolai, Wachtberg
Jan Niemöller, Richter, Usingen
Prof. Dr. Harry Noormann, Hannover
Helga Piest, Bad Godesberg
Rainer Piest, Bad Godesberg
Dr. Elisabeth Raiser, Witten
Clara-Maria Schellhoss, Bad Godesberg
Renate Schimmelpfennig, Bad Godesberg
Prof. Dr. Luise Schottroff, Kassel
Prof. Dr. Willy Schottroff, Frankfurt
Dr. Werner Simpfendörfer, Hinterzarten
Marie-Luise Stöhr, Siegen
Prof. Dr. Martin Stöhr, Siegen
Prof. Dr. Marie Veit, Marburg
Gerd Vogt, Architekt VDA, Rostock
Prof. Dr. Michael Weinrich, Paderborn
Ingrid Weiß, Schulreferentin, Rotenburg
P. Reiner Weiß, Rotenburg
Prof. Manfred Zabel